



Kommissionsdrucksache 20(28)59

Sarah Bressan
Global Public Policy Institute (GPPi)

Stellungnahme*

Öffentliche Anhörung

zum Thema

**„Nationale Koordinierung zukünftiger vernetzter Engagements
und Einsätze der Bundeswehr“**

am Montag, 23. September 2024

* Die Stellungnahme hat die Sachverständige nachträglich übersandt.

Enquete-Kommission
„Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“

Nationale Koordinierung zukünftiger vernetzter Engagements und Einsätze der Bundeswehr

Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am
23.09.2024

Sarah Bressan
Global Public Policy Institute (GPPi)

Die Enquete-Kommission hat mich gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten, aus denen sich die Struktur dieser Stellungnahme ergibt:

1. Welche wichtigen Entwicklungen hat es in der integrierten Strategiefähigkeit und nationalen Koordinierung von integrierten Engagements in den letzten Jahren gegeben?
2. Welche Strukturen könnten stärker genutzt bzw. weiter optimiert werden, um die strategische Früherkennung oder Krisenprävention ressortübergreifend zu stärken?
3. Welche Rolle spielt der vernetzte Ansatz in Auslandseinsätzen in aktuellen Konflikten und welche Tendenzen sehen Sie für zukünftige Konflikte? Gibt es Aspekte, welche die Enquete-Kommission diesbezüglich bei der Erstellung ihrer Empfehlungen beachten sollte?

1. Entwicklungen in der integrierten Strategiefähigkeit und nationalen Koordinierung

Zukunftsorientierung und Zukunftsfähigkeit sind notwendige Bedingungen für Strategiefähigkeit und strategisches Regierungshandeln in der Außen- und Sicherheitspolitik. Daher braucht es eine Bündelung von Vorausschau-Kapazitäten als Unterbau einer neuen, zentralen sicherheitspolitischen Koordinierungsstruktur. Diese Einsicht folgt aus der folgenden Analyse.

Defizite in der außen- und sicherheitspolitischen Ressortkoordinierung der Bundesregierung in den letzten Jahrzehnten sind ausführlich dokumentiert, nicht zuletzt im Zwischenbericht dieser Kommission.¹ Hinzu kommen:

1.1 Strategien: Als Fortschritt zu bewerten ist, dass die Bundesregierung in dieser Legislatur zum ersten Mal eine nationale Sicherheitsstrategie auf Grundlage eines breiten Verständnisses von integrierter Sicherheit verfasst hat.² Doch nach der Vollinvasion der Ukraine durch die Russische Föderation im Februar 2022 zeigten sich die Schwächen des Erstellungsprozesses der Strategie. Dieser war darauf angelegt, einen narrativen Überbau für die in Wahlprogrammen und Koalitionsverhandlungen der Regierungsparteien definierte Außen- und Sicherheitspolitik zu erarbeiten. Er war nicht darauf vorbereitet, auf Basis eines veränderten Umfeldes konkrete strategische Ziele für zukunftsfähige Politik zu formulieren, die für wahrscheinliche Veränderungen von hoher sicherheitspolitischer Relevanz wie einer militärischen Eskalation seitens Russlands gerüstet ist.³ So blieb die Strategie abstrakt, und die Formulierung zahlreicher angekündigter Folgestrategien mit ggf. überprüfbaren Zielen, beispielsweise in Bezug auf hybride Bedrohungen – eine seit Jahrzehnten bekannte Herausforderung, die sich in den letzten zwei Jahren nur intensiviert hat, – steht weiterhin aus.

1.2 Koordinationsstrukturen: Abgesehen von der Strategie ist die Nutzung des Sicherheitskabinetts und diverser Staatssekretärsrunden zur Koordination von Außen- und Sicherheitspolitik seit Februar 2022 Improvisation in der Krise, jedoch keine Krisenresilienz, Zukunftsfähigkeit oder gar Strategiefähigkeit.

Dies gilt vor allem dann, wenn die Ambition ist, Krisen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern – wie von mehreren Bundesregierungen, u. a. in der Sicherheitsstrategie und ressortgemeinsamen Leitlinien formuliert.⁴

Trotz zahlreicher Krisen, strategischer Überraschungen und Fehler – siehe Ukraine, Irak oder Abzug aus Afghanistan – ist eine umfängliche, dringend notwendige Reform der sicherheitspolitischen Koordinationsstrukturen der Bundesregierung bisher ausgeblieben.⁵ Im Bereich der ressortgemeinsamen Leitlinien für Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung wurde in dieser Legislatur leider nicht an vergangene positive Entwicklungen für Austausch mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie zwischen den Ressorts angeknüpft.

Dabei kommen in der Ukraine größtenteils die gleichen Stabilisierungsinstrumente zum Einsatz wie in vergangenen Einsatzkontexten im sog. Nahen und Mittleren Osten oder der Sahelregion.⁶ Im Leitfaden „ressortgemeinsamer Ansatz“ von 2019 wird zum Beispiel angeregt, Förderstrukturen im Ausland zu überprüfen, um Doppelförderungen unterschiedlicher Ressorts zu vermeiden.⁷ In der Realität wird jedoch weiterhin von großen UN-Organisationen bis zu kleinen zivilgesellschaftlichen Projektträgern die Ineffizienz und das Ausmaß der Bürokratie deutscher Mehrfachförderstrukturen beklagt, und Studien zeigen, dass Krisenprävention nach dem Prinzip Gießkanne keinen signifikanten Unterschied machen kann⁸, denn Strategie braucht Priorisierung.

1.3 Anreizstrukturen: Beim genaueren Blick auf die Ursachen zeigt sich: In einem bürokratischen System der Vergangenheit wird exzellent ausgebildetes, hochmotiviertes Personal an Schlüsselstellen in seiner Arbeit von einer Flut an Verwaltungsvorgängen blockiert und Anreizstrukturen verhindern eine Zukunftsorientierung. Politikfeldunabhängige Verwaltungsreformen, wie sie in anderen Ländern stattfinden, um solche tiefgreifenden Probleme zu beheben, gibt es in Deutschland nicht.

Silodenken, Gegenwartsfixierung, negative Koordination (also die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner über formale Mitzeichnungsprozesse) sowie eine tiefergehende „Schwierigkeit, (...) von bewährten Denkpfeilen, Vorgehensweisen und Politikansätzen abzuweichen und neue Ansätze zu erproben“ – so fasst eine Studie des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) Regierungshandeln auf Bundesebene zusammen.⁹ Zukunftsorientierung scheidet der Studie zufolge an fehlender Nachfrage der Leitungsebenen. Doch genau diese Nachfrage ist für erfolgreiche Zukunftsanalyse zentral, wie Erfahrungen aus anderen Länderkontexten zeigen.¹⁰

2. Stärkung ressortübergreifender strategischer Früherkennung und Krisenprävention

Ein in dieser Weise besonders in der Vergangenheit und Gegenwart verhaftetes System braucht mehr als das Drehen an kleinen Stellschrauben. Jegliches politisches Handeln ist per Definition für die Zukunft, es wird aber meistens nicht bewusst und strukturiert für Zukünfte geplant. In einer Welt multipler Krisen ist die einzige Möglichkeit, vor die Welle zu kommen, Zukunftsfähigkeit als Grundlage für Strategiefähigkeit ernst zu nehmen. Entscheidungen und Regierungshandeln müssen wissenschaftsbasiert und koordiniert sein. Hier lässt sich an bestehende Grundlagen anknüpfen:

A) Bestehende Strukturen:

- Mehrere Ressorts kooperieren im Bereich datengestützte Analysen für Krisenfrüherkennung (KFE) mit führenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die Bundesregierung ist auf multilateraler Ebene Pionier in der Bündelung von Ressourcen für konfliktrelevante Daten und Analysetools (mit dem CRAF'd Multi-Geber Trust Fund) und hat so Zugang zu den wichtigsten Akteuren und Netzwerken in diesem Bereich.¹¹
- Die mindestens zwei Mal jährlich tagende ressortübergreifende AG KFE soll vorausschauende Analysen über kommende Konflikte und Krisen aus mehreren Ressorts zusammenführen und Handlungsempfehlungen erarbeiten.

- Eine noch größere Anzahl an Ressorts praktiziert strategische Vorausschau – ein Zeichen für den praktischen Mehrwert strukturierten Denkens über Zukünfte.

B) Herausforderungen:

- Wissenschaftliche Analysen – und die Erfahrung der deutschen außen- und sicherheitspolitischen Praxis der letzten Jahrzehnte – zeigen, dass bessere Information und fortschrittliche Analyseprozesse allein und fernab der Entscheidungszentren nicht notwendigerweise zu besseren Entscheidungen führen, sondern Anreizstrukturen für strategisches Verhalten in bürokratischen Systemen sowie politische Erwägungen Entscheidungsträger dazu bringen, selbst die besten Analysen zu ignorieren.¹²
- Von ressortgemeinsamen Strategieprozessen, die im Sinne einer Gesamtstrategie kohärentes Handeln ermöglichen, ist die Bundesregierung weiterhin weit entfernt. Die Handlungsempfehlungen der AG KFE beziehen sich z. B. selten auf konkrete Anpassungen deutscher Politik in Krisenkontexten. Die Praxis zeigt außerdem, dass das Prinzip Freiwilligkeit nicht bei allen Ressorts ausreicht und die Runde nicht den notwendigen Stellenwert im System hat, um einen signifikanten Unterschied zu machen.
- Zunehmend hochwertige und strukturierte Analysen treffen im Entscheidungsprozess auf weniger fundierte Analysen und Meinungen. Selbst hochrangige Beamte beklagen, dass Qualitätssicherung und die Verbindung von Analyse zu tatsächlichen Entscheidungsprozessen nicht ausreichend strukturiert sind.

C) Lösungsansatz:

Der Mehrwert multimethodischer, strukturierter Zukunftsanalyse scheint erkannt. Jetzt braucht es politische Führung, die sich traut, bessere, wissensbasierte und zukunftsorientierte Analysen nicht als Bedrohung für ihre Handlungsfreiheit, sondern als Verbündeten für zukunftsfähige Politik zu sehen und sie in strategisches Handeln zu übersetzen.

Zukunftsorientierung scheitert an individuellen kognitiven Verzerrungen im spontanen Denken über Zukunft, an sozialen Verzerrungen in Gruppen und an institutionellen Verzerrungen, wenn beispielsweise formale Verfahren, eingeübte Prozesse und Hierarchien gute Lösungen behindern. Strategische Vorausschau ist ein Schlüssel, diese Strukturen und Prozesse aufzubrechen.

Ressortübergreifende Strategien und Vorhaben müssen aus strategischen Vorausschauprozessen erfolgen, in denen plausible mögliche Zukünfte, strategische Ziele und Wege zu deren Erreichung – selbst unter Unsicherheit – zur Entwicklung robuster Politikoptionen dienen. Für kürzere Zeithorizonte müssen gemeinsame Lagebilder und die systematische Beobachtung (*Monitoring*) relevanter Indikatoren so eingesetzt werden, dass bei Bedarf bestehende Instrumente und Optionen an sich veränderte Lagen angepasst und abgerufen werden können. Mit Instrumenten der datengestützten Früherkennung – algorithmischen Vorhersagen und vor allem Simulationen auf Basis öffentlich verfügbarer Daten – können Regierungsinstitutionen zudem zukunftsgerichtet offene Quellen (*Open Source Intelligence, OSINT*) auswerten und in Entscheidungsprozesse einspeisen.

Die genannten Fähigkeiten können koordiniert, gebündelt und an nachvollziehbaren Beratungs- und Entscheidungsprozesse angebunden viel größere Wirkkraft entfalten. Wie die Studie des Fraunhofer-Instituts ISI zum Thema argumentiert: „Weiterhin schafft eine gelungene institutionalisierte [strategische] Vorausschau Freiräume für innovative Formen der Zusammenarbeit über die Grenzen von Politikbereichen hinweg. Dabei entsteht Wissen, das über die Summe aller einzelnen Erkenntnisse in den Ressorts hinauswächst. Synergieeffekte werden aufgedeckt und horizontale, systemische Perspektiven gestärkt. Besonders langfristige und transformative Politikansätze können frühzeitig über [strategische Vorausschau-] Prozesse koordiniert werden.“¹³

Die Forschung zeigt, dass Erfolgsfaktoren multimethodischer Zukunftsanalysen die Balance zwischen Einbettung in bestehende Entscheidungsstrukturen und das kritische Hinterfragen bestehender Analyse- und Entscheidungsprozesse, eine beständige Nachfrage sowie die Fähigkeit zur Innovation und Anpassung an eine sich rapide veränderte Lage sind.¹⁴ Es braucht also eine Einbettung dieser Analysekapazitäten in eine zentrale, institutionalisierte, ressortübergreifende Struktur für außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen. Vorschläge für nationale Sicherheitsräte und Räte für strategische Vorausschau, die mit dem Rechtsrahmen konform sind, sowie Erfahrungen mit ähnlichen Strukturen in anderen Ländern und Organisationen dienen dafür als Ausgangspunkt.¹⁵

Eine besser institutionalisierte Lernkultur ist dabei unabdingbar als Anreizstruktur für fundierte und zukunftsweisende Entscheidungen. Wer welche Entscheidung auf der Grundlage welcher Erkenntnisse trifft, müsste in einem demokratischen System bei weitreichenden Entscheidungen zumindest im Nachhinein im Sinne einer Lernkultur aufgearbeitet werden können und in Archiven zur Verfügung stehen. Wenn interne Analyseergebnisse dabei ignoriert oder übergangen werden, muss das zumindest im Nachhinein transparent nachvollziehbar sein. Andere Länder bieten Ansatzpunkte für ambitioniertere Evaluierungsmandate und Strukturen zur Aufarbeitung.¹⁶

Gegner stärker zentralisierter Koordinierung in der Außen- und Sicherheitspolitik bringen das Ressortprinzip vor. In der Realität könnte in einem koordinierenden Rat jedoch jedes Ressort seine Stärken einbringen. Per Definition haben bspw. die Verteidigung- und Umweltressorts Erfahrung mit Szenarien für lange Zeithorizonte zur Technikfolgenabschätzung und militärischen Entwicklung und Beschaffung. Die Entwicklungszusammenarbeit fokussiert sich aufgrund ihrer Instrumente auf längere Zeithorizonte als die Außenpolitik mit Stabilisierungs- und diplomatischen Instrumenten. Wirtschafts- und Finanzministerium haben wiederum mehr Erfahrung mit Entscheidungen auf Basis datenbasierter Prognosen über Handel und Finanzmärkte. Arbeitsteilung ist bereits Realität – muss aber bei Beibehaltung des Ressortprinzips im Sinne integrierter Sicherheit gestärkt werden. Ressortegoismus und Zukunftsangst kann sich niemand mehr leisten.

Strategie, strategische Politik und ihre Grundlage – die Vorausschau – sind gesamtsystemische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Aber es muss der initiale Impuls kommen, dass Deutschland es mit der Zukunft ernst meint, aus dieser Enquete-Kommission und aus den Parteien, die künftig Regierungsverantwortung übernehmen wollen. Sie in diesem Gremium haben die Möglichkeit, diesen Impuls zu setzen, mit dieser Enquete und ihren Fachkreisen und politischen Parteien.

3. Rolle des vernetzten Ansatzes in aktuellen Konflikten und Tendenzen für zukünftige Konflikte

Lehren aus Afghanistan für das zukünftige vernetzte Handeln Deutschlands sind auch unter veränderten geopolitischen Bedingungen zukunftsweisend.

Dass in der Ukraine viele Stabilisierungsinstrumente zum Einsatz kommen wie in vergangenen Einsatzkontexten, habe ich bereits erwähnt. In Kombination mit aktuellen Entwicklungen, z. B. im Nahen Osten, sind Lehren aus dem Afghanistan-Einsatz sowie Missionen wie MINUSMA inklusive Kampf gegen nichtstaatliche bewaffnete Akteure und Terrorgruppen bei aller Kontextspezifik wichtiger für Landes- und Bündnisverteidigung als gemeinhin angenommen wird.

Die nächste Krise und ihre Bearbeitung wird nicht wie ISAF oder OEF, auch nicht wie MINUSMA oder die russische Invasion der Ukraine sein. Welche groß angelegten Missionskontexte genau zwischen geostrategischer Machtprojektion und Einsätzen von Spezialkräften gegen Terrorzellen der Fokus deutschen Engagements sein werden, kann heute niemand genau sagen. Strukturierte strategische Vorausschau kann – mit Trend- und Szenarioanalysen – trotzdem beantworten, wie sich eine Bundesrepublik Deutschland in Anbetracht bleibender Unsicherheiten am besten vorbereitet.

Es lässt sich zum Beispiel als Trend beobachten, dass multilaterale Mandate enger gefasst sind; sich neue zwischenstaatliche Konstellationen in Konflikten engagieren, die – noch viel mehr als es mit den Partnern in Afghanistan der Fall war – strategisch nicht auf einer Linie mit der Bundesregierung sind.¹⁷ Umso wichtiger werden eigene Analysekapazitäten und eigene Strategien für ein komplexes Handlungsumfeld.

Klarer sind die strategischen Ziele der Gegner demokratischer Staaten und die Mittel, die diese strategisch einsetzen. Diese beinhalten zum Beispiel militärische Angriffe auf Partner Deutschlands, gepaart mit diffusen Drohungen mit Nuklearwaffen, das Ausnutzen wirtschaftlicher Abhängigkeiten, Sabotage und die Spaltung demokratischer Gesellschaften von innen. Diese sind hybrid und brauchen einen vernetzten Ansatz. Die Integration innerer und äußerer Sicherheitsaspekte – Stichwort Strategie gegen hybride Bedrohungen - wird immer dringender, und genau da liegen große Schwachstellen in der Ressortkoordinierung.

Nachrichtendienste wiederum brauchen eine reformierte gesetzliche Grundlage, damit politische Führung nach strategischen Gesichtspunkten darüber entscheiden kann, zu welchem Grad und auf welche Weise sie über Erkenntnisse offen kommuniziert wird. Der Kampf gegen autoritäre Regierungen, die demokratische Gesellschaft durch Spaltung von innen erodieren, wird nicht nur im Verborgenen gewonnen, sondern durch glaubwürdige strategische Kommunikation in die Bevölkerung hinein.

Denn laut EU-Kommission zielen hybride Bedrohungen zur gesellschaftlichen Destabilisierung auf die „Ausnutzung von Verwundbarkeiten der Zielgemeinschaft und auf Verschleierungsstrategien zur Behinderung von Entscheidungsprozessen.“¹⁸ Ineffiziente Entscheidungsprozesse und Strategielosigkeit spielen diesem Vorgehen in die Karten, effiziente Entscheidungsstrukturen sind eine Gegenstrategie. Daher, ich fasse noch einmal zusammen, braucht es eine Bündelung von zukunftsorientierten Analysekapazitäten unter einer neuen sicherheitspolitischen Koordinierungsstruktur.

¹ Deutscher Bundestag, „Zwischenbericht der Enquete-Kommission Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“, Drucksache 20/10400, 19.02.2024 <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-990728>.

² Bundesregierung, „Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie“, Juni 2023, <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/Sicherheitsstrategie-DE.pdf>.

³ Siehe Eva Michaels, 2024, „Caught off guard? Evaluating how external experts in Germany warned about Russia’s war on Ukraine”, *Intelligence and National Security*, 39(3), 420–442. <https://doi.org/10.1080/02684527.2024.2330133>.

⁴ Bundesregierung, „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern: Leitlinien der Bundesregierung“, Juni 2017, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf>.

⁵ Zu Irak, siehe: Eva Michaels, “How surprising was ISIS’ rise to power for the German intelligence community? Reconstructing estimates of likelihood prior to the fall of Mosul.” 2021, *Intelligence and National Security*, 37(2), 157–176, <https://doi.org/10.1080/02684527.2021.1985206>.

⁶ Siehe Tina Blohm, Philipp Rotmann, Florian Weigand. "Never say never: learning lessons from Afghanistan reviews.", 2024, Bonn: Friedrich Ebert Stiftung, <https://collections.fes.de/publikationen/content/titleinfo/450003>; Philipp Rotmann, „Schluss mit dem Autopiloten! Gute Krisenpolitik fährt nicht von allein“, März 2023, 49Security, <https://fourninesecurity.de/2023/03/02/schluss-mit-dem-autopiloten-gute-krisenpolitik-faehrt-nicht-von-allein>.

⁷ Bundesregierung. „Praxisleitfaden Ressortgemeinsamer Ansatz zur Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung“, Juni 2019, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2285522/968495447acfa63ee9b50e829e9f326e/191206-praxisleitfaden-data.pdf>.

⁸ Philipp Rotmann, Melissa Li, Sofie Stoffel, “Follow the money: Investing in crisis prevention – What the spending patterns of Germany, the United States, the United Kingdom, and the European Union reveal about strategies and priorities”, *Global Public Policy Institute*, Oktober 2021. <https://followthemoney.gppi.net/#main>.

⁹ Philine Warnke, Max Priebe, Sylvia Veit. 2022. “Studie zur Institutionalisierung von Strategischer Vorausschau als Prozess und Methode in der deutschen Bundesregierung.”, S. 62, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2059788/500a83030f58becb1cdb55763a73beb4/2022-07-08-studie-strategische-vorausschau-data.pdf?download=1>.

¹⁰ Sarah Bressan, Lea Korb, „Making Foresight Count – Success Factors for Futures Analysis in Foreign and Security Policy”, September 2024, *Global Public Policy Institute*, https://gppi.net/media/Bressan_Korb_2024_Foresight-Success-Factors.pdf.

¹¹ Siehe <https://crafd.io/>.

¹² Siehe bspw. Christoph O. Meyer, Aviva Guttman A, Nikki Ikani, “Which Lessons to Learn from an Era of Surprise? Key Findings and Implications from the Dual Comparison”. In: Meyer C, Michaels E, Ikani N, Guttman A, Goodman MS, eds. “Estimative Intelligence in European Foreign Policymaking: Learning Lessons from an Era of Surprise”. *Intelligence, Surveillance and Secret Warfare*. Edinburgh University Press; 2022:248-290; H. G. Van der Voort, A. J. Klievink, Michela Arnaboldi, and Albert Jacob Meijer. "Rationality and politics of algorithms. Will the promise of big data survive the dynamics of public decision making?." *Government Information Quarterly* 36, no. 1 (2019): 27-38, <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0740624X17304951>.

¹³ Warnke, Priebe & Veit (2022) S. 4.

¹⁴ Siehe Bressan & Korb (2024).

¹⁵ Siehe z.B. Deutscher Bundestag, „Zur Diskussion um einen Nationalen Sicherheitsrat Rechtslage im internationalen Vergleich“, WD 2 - 3000 - 056/22, August 2022, <https://www.bundestag.de/resource/blob/914960/8b3403fd9041de2323fccca2523745e83/WD-2-056-22-pdf.pdf>; Christina Moritz, „Mauerblümchen mit Potenzial Wie Deutschland mit einem Nationalen Sicherheitsrat strategiefähig wird“, *German Institute for Defence and Strategic Studies*, Februar 2023, <https://gids-hamburg.de/mauerbluemchen-mit-potenzial/>; Sarah Brockmeier, „Regierungswechsel: Das Ende der Ratlosigkeit?“ *PeaceLab Blog*, Mai 2021, <https://peacelab.blog/2021/05/regierungswechsel-das-ende-der-ratlosigkeit>; Andreas Heinemann-Grüder, „Warum Deutschland einen Rat für Strategische Vorausschau braucht. Impulse für die Nationale Sicherheitsstrategie“ *Cassis Bonn*, Oktober 2022.

¹⁶ Siehe Philipp Rotmann, „Wie kommt Deutschland zu einer wirksameren Krisenpolitik?“ *Schriftliche Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung der Enquetekommission Afghanistan*, 19. Februar 2024, https://www.bundestag.de/resource/blob/989954/0f211b8f6c1be79a981ec211bb9fa46c/KOM-Drs-20-28-44_Stellungnahme-Rotmann-GPPI.pdf.

¹⁷ Jake Sherman, Agathe Sarfati, and Ilhan Dahir, "The future of UN peacekeeping and parallel operations." *International Peace Institute*, 2021, <https://www.ipinst.org/wp-content/uploads/2021/01/Future-of-Peace-Operations-and-Parallel-Forces-Is.pdf>; Cedric de Coning, 2021, “The Future of UN Peace Operations: Principled Adaptation through Phases of Contraction, Moderation, and Renewal.” *Contemporary Security Policy* 42 (2): 211–24, <https://doi.org/10.1080/13523260.2021.1894021>; Adam Day, "Future of UN peace operations in changing conflict environment," *UN DPO Future of Peace Operations Project* (2020).

¹⁸ Europäische Kommission. “Joint Communication To The European Parliament And The Council. Joint Framework On Countering Hybrid Threats - A European Union Response”, JOIN(2016) 18 final, 6.4.2016, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52016JC0018>.